

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

EDITORIAL

- 2 Martin Dörmann zu aktuellen Themen

WAHLKREIS

- 2 SPD-Frühjahrsempfänge gut besucht

KÖLN

- 3 Parteitag der KölnSPD wählte neuen Vorstand und verabschiedete Antrag zur Rentenpolitik
- 4 Veranstaltung zum Klimawandel am 31. Mai: Vorführung des Al Gore-Films und Diskussion mit Hermann Scheer, MdB
- 4 Halbzeitbilanz der SPD-Ratsfraktion

BUNDESTAG

- 5 Sabine Schmidt neue Mitarbeiterin in Berlin
- 5 Die Klimapolitik der Bundesregierung
- 7 Bundestagsrede von Martin Dörmann zur Personalsituation bei der Deutschen Telekom
- 8 Bundestagsrede von Martin Dörmann zur Situation bei Airbus
- 9 SPD-Arbeitsgruppe besuchte CeBIT 2007
- 10 Bundestag beschließt schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67
- 10 SPD-Eckpunkte für flexible Altersübergänge
- 11 SPD legt Finanzierungskonzept für Ausbau der Kinderbetreuung vor
- 12 Fragen und Antworten zur geplanten Unternehmenssteuerreform
- 14 Unterschriftenaktion der SPD für Mindestlöhne

SPD-PROGRAMMDEBATTE

- 15 Buch „Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert“

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 16 Vorgestellt: Dr. Peter Struck
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

INFOS UND IMPRESSUM

- 18 Sitzungswochen 2007, Infos über Martin Dörmann, Büroanschriften, Impressum



Eine unbequeme Wahrheit

Der Klimawandel und was wir dagegen tun können

Unter diesem Motto laden die vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten am **31. Mai** in die Cinemathek des Museums Ludwig ein. Nach Vorführung des Oscar-prämierten Films von Al Gore folgt eine Diskussion mit dem SPD-Energieexperten Hermann Scheer (weitere Infos auf Seite 4).

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 29.3.2007

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

der Bundestag hat vor kurzem die **Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67** beschlossen. Hintergrund ist die demografische Entwicklung: Zukünftig wird die Zahl derjenigen, die eine Rente finanzieren, weiter dramatisch sinken. Die sich daraus ergebenden Belastungen sollen möglichst gerecht verteilt werden. Bis zur vollen Wirksamkeit der Erhöhung im Jahre 2029 wird sich die durchschnittliche Lebenserwartung um weitere 3 Jahre auf 20 Jahre verlängert haben. Davon sollen nun 2 Jahre länger gearbeitet werden, so dass sich die Rentenbezugsdauer nur um ein Jahr erhöht. Unter diesen Gesichtspunkten ist die Erhöhung vertretbar. Ich sehe jedoch gleichzeitig zwei Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen: Die **Beschäftigungschancen für Ältere auf dem Arbeitsmarkt** müssen sich deutlich verbessern. Und wir müssen mehr Möglichkeiten für einen **flexiblen Zugang zur Rente** schaffen. Denn es gibt Berufe, in denen man nicht bis 67 arbeiten kann. Deshalb ist es gut, aber auch notwendig, dass sich die SPD in den nächsten Monaten in einer Kommission intensiv mit diesen Fragen beschäftigen und Lösungsvorschläge erarbeiten wird.

Der Grundansatz der geplanten **Unternehmenssteuerreform** ist richtig: Wir wollen, dass langfristig mehr Unternehmenssteuern in Deutschland gezahlt werden. Deshalb sollen die Bemessungsgrundlagen verbreitert und bisherige Schlupflöcher für Unternehmen geschlossen werden, die ihren Gewinn bislang zum Teil über Umwegkonstruktionen herunterrechnen können. Auf der anderen Seite sollen niedrigere Steuersätze dazu beitragen, dass mehr Unternehmen in Deutschland bleiben oder bei uns neu investieren. In den Anfangsjahren wird man Steuermindereinnahmen akzeptieren müssen. Für mich ist entscheidend, dass sich die Reform auf Dauer rechnet. Allerdings setze ich mich dafür ein, dass die Anfangsverluste, die in dem bisherigen Gesetzentwurf vorgesehen sind, noch weiter reduziert werden können.

Ich hoffe sehr, dass wir bald zu Lösungen beim **Mindestlohn** kommen, auch wenn die Union sich in dieser Frage derzeit noch ziert. Die SPD wird den Druck weiter erhöhen, auch durch die von uns durchgeführte Unterschriftenaktion. Warum soll in Deutschland nicht funktionieren, was uns die allermeisten europäischen Länder vormachen? Wir müssen dafür sorgen, dass gerechte Löhne für gute Arbeit gezahlt werden, damit eine Vollzeitätigkeit ausreicht, um davon leben zu können.

Die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten laden am 31. Mai zu einer Filmvorführung mit Diskussion über das Thema **Klimawandel** ein. Es ist inzwischen wissenschaftlich geklärt, dass die Klimaerwärmung stattfindet und durch den Menschen – insbesondere über die Treibhausgase – hervorgerufen wird. Wenn man sieht, dass bis Mitte des Jahrhunderts neun Milliarden Menschen auf dieser Erde leben werden und so große Nationen wie China und Indien einen dramatisch steigenden Energiebedarf haben, bekommt man eine Ahnung, vor welchen Herausforderungen wir stehen. Dabei ist die Lösung des Problems für mich nicht nur eine Sache des Umweltschutzes und der Ökonomie. Es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit und Solidarität. Gerade die ärmsten Länder werden am meisten unter dem Klimawandel zu leiden haben, durch Überschwemmungen, Dürre und andere Naturkatastrophen. Deshalb haben wir auch eine moralische Pflicht, unseren eigenen CO²-Ausstoß drastisch zu senken und den ärmeren Ländern über Technologietransfer eine positive Wohlstandsentwicklung zu ermöglichen. Und schließlich tragen wir eine Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen.

Herzlichst

Ihr

WAHLKREIS

Traditionelle SPD-Frühjahrsempfänge wieder gut besucht

Im März fanden im Wahlkreis einige bereits traditionelle Frühjahrsempfänge der SPD statt, die wieder auf eine sehr gute Resonanz stießen. Beim **SPD-Ortsverein Rath/Heumar** gab dessen Vorsitzender **Oliver Krems** einen Überblick über drängende kommunalpolitische Fragen vor Ort. Anschließend referierten die beiden Abgeordneten **Stephan Gatter** und **Martin Dörmann** über aktuelle landes- bzw. bundespolitische Themen.

Beim **Ortsverein Wahn, Wahnheide, Lind, Libur** erläuterte Martin Dörmann sozialdemokratische Positionen in der Großen Koalition und beschäftigte sich dabei insbesondere mit dem Begriff der Gerechtigkeit angesichts neuer globaler Herausforderungen. Außerdem durfte OV-Vorsitzender **Christian Joisten** das Ratsmitglied **Monika Möller** und den stellvertretenden Bezirksvorsteher **Hans-Gerd Ervens** sowie den Porzer BV-Fraktionsvorsitzenden **Willi Stadoll** begrüßen.

Hoch hinaus ging es beim Frühjahrsempfang der **Innenstadt-SPD**, zu dem der Stadtbezirk und mehrere Mandatsträger eingeladen hatten. Auf der Panorama-Etage des LVR-Turms in Deutz gab es wieder reichlich Gelegenheit für den Gedankenaustausch. Stadtbe-

zirksvorsitzender **Karl-Heinz Walter** freute sich über Gelsenkirchens Oberbürgermeister **Frank Baranowski** (SPD) als prominenten Gastredner (Foto). Dieser kritisierte insbesondere die Politik der Landesregierung, die die Parole „Privat vor Staat“ ausgegeben habe. Dies gehe zu Lasten breiter Schichten der Bevölkerung. Er erläuterte die sozialdemokratischen Alternativen und konnte hierbei von guten Beispielen aus seiner Heimatstadt Gelsenkirchen berichten.



Parteitag der KölnSPD wählte neuen Vorstand

Antrag zur Rentenpolitik fordert gleitende Altersübergänge

„Ein harmonischer Tag“, kommentierte ein Journalist am Rande der Veranstaltung den ordentlichen Parteitag am 3. März in Chorweiler. Tatsächlich waren die Delegierten im Bürgerzentrum offensichtlich entschlossen, dem Motto des Parteitags „Gemeinsam stark“ zu folgen. Trotz teilweise engagierter und kontroverser Debatten zu den vorliegenden Anträgen gab es zum Wahlvorschlag für den Vorstand keine Gegenkandidaturen aus der Versammlung. „Ich werte das als Zeichen dafür, dass es uns gelungen ist einen ausgewogenen Vorschlag vorzulegen“, freute sich **Jochen Ott** über das Ergebnis. Ott selbst wurde mit 80,8 % der Stimmen erneut zum Vorsitzenden der KölnSPD gewählt.

Gemeinsam mit **Gabriele Hammelrath, Markus Gluch** und **Bernd Schöbler**, die zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurden, will Jochen Ott in den kommenden Jahren die Partei fit machen für den Erfolg bei der Kommunal- und Bundestagswahl 2009 und der Landtagswahl im Jahr darauf. Der geschäftsführende Vorstand wird komplettiert durch **Alfred Schultz**, der mit einem Traumergebnis von 251 von 257 abgegebenen Stimmen erneut zum Schatzmeister gewählt wurde sowie **Inge Halberstadt-Kausch**, die auch weiterhin die Aufgabe der Schriftführerin im Vorstand wahrnehmen wird. Als Beisitzer/innen wurden gewählt: **Barbara Albat, Waltraud Blümcke, Stephan Gatter, Christian Joisten, Tayfun Keltek, Iris Koppmann, David Krahenfeld, Harald Kraus, Hans Lawitzke, Elfi Scho-Antwerpes, Brigitte Spielberg, Bettina Voigt, Michael Zimmermann.**



Der neue engere Vorstand der KölnSPD (v.l.): Alfred Schultz, Inge Halberstadt-Kausch, Jochen Ott, Gabriele Hammelrath, Markus Gluch, Bernd Schöbler

In seinem Geschäftsbericht erläuterte Jochen Ott die erfolgreichen Bemühungen, die Nachwirkungen des Spendenskandals aufzuarbeiten. Die SPD in Köln habe sich in den vergangenen Jahren personell, inhaltlich und moralisch erneuert, betonte Ott. Auch finanziell gehe es wieder langsam bergauf.

Nach den Vorstandswahlen wurden die ausgeschiedenen Mitglieder des UB-Vorstandes, sowie Ex-MdL **Friedhelm Lenz** und **Eva Bruch**, die jüngst aus dem Rat ausge-

schieden war, geehrt. Ihnen allen gebühre ein außerordentlicher Dank für das oft jahrzehntlange Engagement für die SPD, erklärte Jochen Ott. Seinen bisherigen Stellvertretern **Anke Brunn, Martin Dörmann** und **Marc Jan Eumann** sagte der Vorsitzende einen besonderen Dank. „Ohne euch drei stünde die KölnSPD nicht da, wo sie heute steht,“ lobte Ott vor allem die „einzigartige Solidarität“. Alle drei hatten auf eine erneute Kandidatur verzichtet, um mehr Zeit für ihre gewachsenen Aufgaben in der Bundes- bzw. Landespolitik zu haben. Martin Dörmann, der insgesamt 10 Jahre stellvertretender Parteivorsitzender war: „Es ist ein guter Zeitpunkt, die Verantwortung in andere Hände zu legen. In den nächsten Jahren wird die KölnSPD die Voraussetzungen für erfolgreiche Kommunal- und Bundestagswahlen 2009 schaffen müssen. Es ist gut, wenn dabei möglichst viele auf den unterschiedlichen Ebenen mit anpacken.“ Neben den obligatorischen Vorstands- und Delegiertenwahlen berieten die Delegierten ein umfangreiches Antragspaket. Neben einem Leitantrag mit dem Titel „Die KölnSPD blickt nach vorn“, in dem die kommunalpolitischen Perspektiven verdeutlicht werden, einem „Leitbild für die politische Arbeit der SPD in Köln“ und einem „sozialdemokratischen Integrationskonzept für Köln“ standen zahlreiche weitere Anträge zur Abstimmung.

So wurde ein von Martin Dörmann für den Vorstand erarbeiteter **Antrag zur Rentenpolitik** verabschiedet. Darin wird betont, dass die inzwischen vom Bundestag verabschiedete Rente mit 67 nur verantwortbar sei, „wenn sie im Hinblick auf den Arbeitsmarkt von einem durchgreifenden Wandel zugunsten Älterer begleitet wird“. Zudem müssten „gleitende Übergänge in den Rentenbezug erhalten bleiben“. In diesem Sinne wurde das Eckpunktepapier der SPD-Fraktionsarbeitsgruppe zu flexiblen Altersübergängen begrüßt und unterstützt (siehe Seite 10). An der Debatte darüber will sich die KölnSPD zusammen mit den Kölner Gewerkschaften aktiv beteiligen.



Im Vorfeld des Parteitages hatten sich die SPD-Bundestagsabgeordneten in mehreren Betrieben vor Ort ein Bild von den Arbeitsbedingungen für Ältere gemacht. Das Bild zeigt die Abgeordneten Gabriele Frechen und Martin Dörmann beim Besuch der Kölner Ford-Werke.

„Eine unbequeme Wahrheit“

Der Klimawandel und was wir dagegen tun können

Vorführung des Oscar-prämierter Films von Al Gore

Anschließende Diskussion mit:

Dr. Hermann Scheer, MdB

Donnerstag, 31. Mai 2007, 18:30 Uhr

Cinemathek Museum Ludwig, Bischofsgartenstraße 1, Köln (Innenstadt)

Schmelzen durch die Erderwärmung die Gletscher des Himalaja ab, wird für zwei Milliarden Menschen das Trinkwasser knapp. Mit solchen Prognosen schockierte **Al Gore**, der frühere amerikanische Vizepräsident, seine Zuhörer bisher nur in Vorträgen. Doch der Filmproduzent Lawrence Bender bestürmte Gore mit der Idee, einen Dokumentarfilm über dessen Aufklärungskampagne zu drehen.

Al Gore, amerikanischer Politiker und Umweltaktivist, problematisiert in seinem mit zwei Oscars preisgekrönten Film „Eine unbequeme Wahrheit“ das Thema Klimawandel, wie wir ihn erleben und was wir selbst für den Schutz des Klimas tun können.

Nach der Vorführung dieses viel beachteten Films diskutieren die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten mit **Dr. Hermann Scheer**, Energieexperte der SPD-Bundestagsfraktion und Präsident von Eurosolar, über den Klimawandel und die Folgen.



**Dr. Hermann Scheer
ist seit 1980 Mitglied des
Deutschen Bundestages und
Träger des Alternativen
Nobelpreises**

→ **Informationen zur Klimapolitik der Bundesregierung auf Seite 5**

Halbzeitbilanz der SPD-Ratsfraktion

Zweieinhalb Jahre nach der Kommunalwahl 2004 beweist die Verabschiedung des Stadthaushaltes 2007, dass KölnSPD und SPD-Ratsfraktion die Stadt auf einen neuen Kurs bringen: Stärkung der sozialen und familiendienlichen Strukturen, Stärkung des Jugend- und Schulbereichs, Stärkung des Wirtschafts- und Arbeitsplatzes Köln durch Investitionen und Strukturausbau - das sind die Eckpfeiler einer zukunftsorientierten, langfristig angelegten Stadtpolitik der Kölner Sozialdemokratie.

Der Etat 2007 setzt einen Höhepunkt zur Halbzeit der SPD-Ratspolitik in der Ratsperiode 2004 bis 2009. In diesem Haushalt sind die beiden Ziele verknüpft, die die SPD-Fraktion seit 2004 verfolgt: Schwerpunkte sozialdemokratischer Kommunalpolitik verwirklichen ist das eine Ziel, also zukunftsorientiert in die wirtschaftlichen, sozialen und familienorientierten Grundstrukturen der Stadt investieren - in die Lebensqualität für alle Kölnerinnen und Kölner. Dazu müssen zum anderen in Kultur, Sozialbereich und Sport die gravierenden Mängel repariert werden, die Stadtpitze und CDU zwischen 1999 und 2004 - in Kölns verlorenen Jahren - durch konzeptionsloses Sparen verursacht haben.

Die Verabschiedung des Etats beweist, dass die SPD-Fraktion ihrem selbst gestellten Anspruch gerecht wird, trotz schwieriger Mehrheitsverhältnisse die Stadtpolitik konstruktiv, solide und zuverlässig auf neuen, sozialdemokratischen Wegen voranzutreiben. Im Kernbündnis mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben wir mit

Investitionen, der Rücknahme von Kürzungen sowie nicht zuletzt mit neuen, fähigen Leuten in der Stadtpitze erste Eckpfeiler gesetzt.

Die Wichtigsten sind:

- Wiedereinführung des KölnPasses
- Verabschiedung eines Wohnungsbauprogramms für Köln
- Masterplan Familienfreundliche Stadt
- Quantitativer und qualitativer Ausbau der OGTS
- Einrichtung von Sozialräumen
- Neuordnung des Bürger-Service in den Stadtbezirken
- Weiterentwicklung des Projektes „Selbständige Schule“
- Einführung einer Sozialgerechten Bodennutzung
- Rücknahme der Kürzungen im Breitensport
- Kulturentwicklungsplan für Köln
- Einführung eines Bürgerhaushaltes für Köln
- Ein Investitionsprogramm für Straßen, Wege, Plätze
- Einzelhandelskonzept
- Einrichtung eines rechtsrheinischen Drogenkonsumraumes
- Behindertenbeauftragte /-r

→ **Die Halbzeit-Bilanz können Sie kostenlos bestellen unter der Telefonnummer 0221/221-25950/51 oder per eMail: newsletter@koelnspd.de**

Sabine Schmidt neue wissenschaftliche Mitarbeiterin in Berlin

Ab April wird das Arbeiterteam von Martin Dörmann in Berlin durch **Sabine Schmidt** verstärkt, nachdem Ende des letzten Jahres **Chloé Aublin** als neue Büroleiterin in das Büro der stellv. Fraktionsvorsitzenden **Angelica Schwall-Düren** gewechselt war.

Sabine Schmidt arbeitet halbtags und unterstützt **Martin Dörmann** zusammen mit ihrem Kollegen **Dr. Marc Drögemöller** insbesondere bei der Ausschuss- und Textarbeit sowie der Bearbeitung von Bürgeranfragen. Während sie arbeitet, kümmert sich ihr Mann um Tochter Malene, die auch im Büro immer wieder ein gern gesehener Gast ist. Zum Team gehört weiterhin **Stefan Stader** als Büroleiter.

Sabine Schmidt wurde 1975 in Berlin geboren. Nach dem Abitur verbrachte sie einige Monate in Mexiko, bevor sie ihr Jura-Studium an der Berliner Humboldt-Universität begann. Während eines Studienaufenthaltes in Spanien in den Jahren 1997/1998 beschloss sie, sich politisch zu engagieren. Nach ihrer Rückkehr trat sie der SPD bei und sammelte im Sommer 1998 während des Bundestagswahlkampfes im Bürgerbüro von Wolfgang Thierse Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit. Neben dem Jura-Studium besuchte Sabine Schmidt Vorlesungen und Seminare des Fachbereichs Politikwissenschaften. Nach dem ersten Staatsexamen arbeitete sie für den Bundestagsabgeordneten Carsten Schneider. Im Anschluss an ein Praktikum in der Generaldirektion Forschung

der Europäischen Kommission in Brüssel ließ sie sich im Wahlkampfbjahr 2002 vom Parteivorstand der SPD anheuern und arbeitete in der KAMPA|02. Hier war sie für Jugend-Unterstützergruppen zuständig. Nach dem zweiten Staatsexamen und bis zur Geburt ihrer Tochter Malene im Januar dieses Jahres war sie als Angestellte einer Beratungsgesellschaft für ein familienpolitisches Projekt des Bundesfamilienministeriums tätig.

Während ihres Referendariats arbeitete Sabine Schmidt für zwei Bundestagsabgeordnete aus Nordrhein-Westfalen. Sie kennt das Rheinland und Köln auch von zahlreichen Besuchen guter Freunde von ihr, die in Köln leben. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihr.



Das Berliner Team mit Sabine Schmidt

Die Klimapolitik der Bundesregierung

Wichtige Maßnahmen der Großen Koalition im Überblick

Der Klimawandel gehört zu den größten Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Die Große Koalition ist sich der Bedeutung bewusst und hat daher eine ganze Reihe von zentralen Maßnahmen auf den Weg gebracht. Das Ziel ist es, die Kyoto-Klimaschutzverpflichtung zu erfüllen. Wir müssen bis 2012 unsere Treibhausgasemissionen um 21% unter das Niveau von 1990 senken. Ende 2005 lagen wir bei etwa -19%. Es sind also noch zwei Prozentpunkte, die uns von unserer Kyoto-Verpflichtung trennen. Von den bereits beschlossenen Maßnahmen sind folgende Prioritäten hervorzuheben:

1. Effizienzrevolution voranbringen

Während Energieeffizienz bisher immer nur für Sonntagsreden hergehalten hat, hat die Große Koalition sie zum Schwerpunktthema gemacht. Energieeffizienz war Hauptthema des letzten Energiegipfels der Bundeskanzlerin und hat dort in einen sehr ehrgeizigen Aktionsplan gemündet. Im Koalitionsvertrag ist das Ziel klar formuliert: Wir wollen bis zum Jahr 2020 die Energieproduktivität gegenüber 1990 verdoppeln und damit Deutschland zu einer der energieeffizientesten Volkswirtschaften der Welt machen.

Der EU-Energieeffizienzplan sieht vor, eine Einsparung von 20 % Primärenergie bis 2020 gegenüber heute zu erzielen, die zusätzlich zu den Effizienzsteigerungen erreicht wird, die durch „business as usual“ entstehen. Mit der Umsetzung des Aktionsplans Energieeffizienz der Kommission werden rund 780 Millionen Tonnen CO₂ jährlich eingespart – das ist doppelt so viel, wie zur Realisierung des Kyotoziels der EU15 (8% Treibhausgas-Minderung in 2008-2012 gegenüber 1990) notwendig ist. Die Umsetzung des Ziels des Aktionsplans führt zu einer Kosteneinsparung von über 100 Milliarden Euro jährlich im Jahr 2020.

2. Gebäudesanierungsprogramm auf 1,4 Mrd. EUR ausgeweitet

Ein konkretes Beispiel für die Förderung von mehr Energieeffizienz war die Vervierfachung der Fördermittel für die energetische Sanierung von Gebäuden – von 360 Millionen Euro jährlich auf 1,4 Milliarden Euro jährlich. Jeder, der ein Haus energetisch saniert, wird vom Staat unterstützt. Das hilft dem Klima, spart Energiekosten, schafft Arbeitsplätze beim Bau und sorgt für Wirtschaftswachstum vor Ort.

3. Gebäude-Energiepass für alle Gebäude eingeführt

Die Bundesregierung hat die Einführung des Gebäude-Energiepasses für alle bestehenden und neuen Gebäude beschlossen. Der Energiepass zeigt allen Hausbesitzern und Mietern, wie viel Energie ein Gebäude verbraucht und durch welche Maßnahmen Energie am besten eingespart werden kann. Dies – in Verbindung mit dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm – wird die Energieeffizienz von Gebäuden deutlich erhöhen.

4. Weiterentwicklung des Emissionshandels

Die Bundesregierung hat einen ehrgeizigen nationalen Allokationsplan für die Emissionshandelsperiode 2008-2012 vorgelegt. Eine Einigung mit der EU-Kommission ist kürzlich vereinbart worden. Obwohl Deutschland nach eigenen Berechnungen auch mit einem Ausstoß von 465 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr bei zertifikatepflichtigen Anlagen das Klimaschutzziel erreicht hätte, hat man sich nun auf 453 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr verständigt. Der Allokationsplan und die konkrete Umsetzung dieses Mengengerüsts können nun erarbeitet werden. Damit ist unterstrichen worden, dass Deutschland voll und ganz hinter dem europäischen Emissionshandel steht und ihn als wichtiges Instrument im Klimaschutz ansieht.

5. Biokraftstoffe verstärkt in Benzin und Diesel beimischen

Wir haben das Biokraftstoffquotengesetz beschlossen, nach dem der Anteil der Biokraftstoffe bei Benzin und Diesel ab 2007 sukzessive jährlich erhöht wird. Er erreicht im Jahr 2015 den Anteil von acht %. Derzeit liegt der Wert bei 3,6%, d.h. in den nächsten Jahren wird der Anteil der Biokraftstoffe also mehr als verdoppelt. Mit dem Einstieg in die Biokraftstoffe der zweiten Generation, die bis 2015 Steuerbegünstigungen erhalten, werden wir darüber hinaus die Voraussetzung für eine Nutzung in industriellem Maßstab schaffen. Das ist energiepolitisch sinnvoll, denn die Kraftstoffe der zweiten Generation emittieren 90 % weniger CO₂ als die fossilen Kraftstoffe. Ferner wird damit unsere Abhängigkeit von importiertem und immer knapper werdendem Erdöl reduziert. Deutschland will die EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um das deutsche acht %-Ziel für 2015 auch auf europäischer Ebene zu verankern. Außerdem soll die EU-Kommission ein Ziel von 12,5 % für das Jahr 2020 prüfen.

6. Wind-Offshore auf den Weg gebracht

Die größten Zukunftspotenziale für die weitere Windenergienutzung in Deutschland liegen auf dem Meer. Da dies für alle Beteiligten noch Neuland ist, muss dringend ein Pilot-Windpark im Offshore-Bereich entstehen. Das Bundesumweltministerium hat daher im Oktober 2006 mit den Anlagenherstellern Repower und Multibrid, den Projektentwicklern und den Energieunternehmen E.ON, EWE und Vattenfall eine Rahmenvereinbarung zur Errichtung eines Offshore-Testfelds unterzeichnet, das bis 2008 entstehen soll. Zudem hat die Koalition im Rahmen des Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetzes vereinbart, dass die Netzanbindung der Offshore-Windparks – genauso wie andere Stromnetze auch – von den Verbrauchern im Rahmen der Netzentgelte zu zahlen ist

und nicht den Windanlagenbetreibern aufgebürdet werden soll.

7. Förderung der Wärmeerzeugung durch erneuerbare Energien erhöht

Die Nachfrage nach Solarkollektoren und Biomassekesseln hat sich im letzten Jahr enorm erhöht: Gleich im ersten Halbjahr 2006 wurden im Rahmen des Marktanzreizprogramms doppelt so viele Förderanträge gestellt wie im Vorjahreszeitraum. Im Jahr 2006 wurden etwa 165.000 Investitionsvorhaben von Hausbesitzern im Bereich erneuerbare Wärmeversorgung gefördert, mit einem Investitionsvolumen von etwa 1,6 Milliarden Euro. Das stärkt das lokale Handwerk und schafft Beschäftigung. Aufgrund der großen Nachfrage hat die Koalition in den Haushaltsberatungen beschlossen, das Marktanzreizprogramms im Jahr 2007 um 39 Millionen Euro auf 213 Millionen Euro zu erhöhen. Das sind rund 80 Millionen Euro mehr als im Jahr 2005 zur Verfügung standen.

8. Forschungsförderung im Bereich der erneuerbaren Energien verdoppelt

Während 2005 in den entsprechenden Haushaltstitel zur Forschungsförderung erneuerbarer Energien nur 45 Millionen Euro vorgesehen waren, hat die neue Bundesregierung im Rahmen des Sechs-Milliarden-Programms die originären Forschungsmittel für erneuerbarer Energien auf 83 Millionen Euro fast verdoppelt. Zudem wächst das Budget pro Jahr um fünf Millionen Euro, so dass 2009 knapp 100 Millionen Euro zur Verfügung stehen werden.

9. Gleichbehandlung von Gas und Kohle bei der Stromerzeugung

Die bestehenden Steuern auf den Einsatz von Erdgas und Mineralöl in der Stromerzeugung wurden mit dem 1. August 2006 abgeschafft. Damit werden erstmals in Deutschland alle Energieträger, die der Stromerzeugung dienen, gleichgestellt. Zudem ist im Nationalen Allokationsplan für den Emissionshandel vorgesehen, dass für alle neu gebauten Kraftwerke bei der Ausstattung mit Emissionsrechten die gleiche Volllaststundenzahl anzusetzen ist. Auch hier gibt es damit keine Diskriminierung einzelner Energieträger mehr. Hocheffiziente Gas- und Dampfkraftwerke können künftig bei der Stromerzeugung eine wesentlich größere Rolle spielen.

10. Umstellung auf schwefelfreies Heizöl macht Weg frei für energieeffiziente Technik

Die Mineralölwirtschaft hat mit der Bundesregierung vereinbart, ab 2009 flächendeckend schwefelarmes Heizöl anzubieten. Das macht den Weg frei für energieeffiziente und umweltfreundliche Brennwert-Heizölkessel. Die bislang nur bei Gasheizungen übliche Brennwerttechnik verursacht rund zehn Prozent weniger CO₂-Emissionen als die in den letzten Jahrzehnten üblichen Niedertemperaturkessel, im Vergleich zu älteren Ölkesseln betragen CO₂-Minderung und Energieeinsparung bis zu 30 Prozent.

Die genannten Maßnahmen beweisen, dass es die Große Koalition mit ihrem Einsatz gegen den Klimawandel ernst meint.

Text: Bundesumweltministerium

Bundestag debattierte über die aktuelle Situation in Großunternehmen

Martin Dörmann bezog Stellung zur Zukunft der Beschäftigten

Der Bundestag hat sich in gleich zwei „Aktuellen Stunden“ am 8. und 9. März mit der Situation deutscher Großunternehmen beschäftigt. Zum einen ging es um die Personalplanungen bei der Deutschen Telekom AG, zum anderen um die Umstrukturierung bei Airbus. **Martin Dörmann** ist

Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Telekommunikation sowie Luft- und Raumfahrt. Daher hat er in zwei Plenarreden Stellung zur Zukunft der Unternehmen und ihrer Beschäftigten bezogen, die wir nachfolgend dokumentieren.

Bundestagsrede von Martin Dörmann zur Deutschen Telekom AG

Aktuelle Stunde des Deutschen Bundestages am 9. März 2007 zum Thema: „Beschäftigungspolitische Verantwortung der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Personalabbau bei deutschen Großunternehmen“

Herr Präsident!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Obwohl die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 800 000 zurückgegangen ist, werden wir immer wieder von Meldungen aufgeschreckt, nach denen gerade deutsche Großunternehmen in erheblichem Umfang Personal abbauen. Aktuelle Beispiele sind Allianz, Schering, die Deutsche Bank oder Airbus. Die Hintergründe sind jeweils sehr unterschiedlich. Gemeinsam haben sie, dass die Ursachen für den Abbau von Arbeitsplätzen im Unternehmen selbst bzw. im Marktumfeld liegen. Sie sind also weder von den Beschäftigten noch von der Politik zu verantworten. Bei einigen Unternehmen spielen gravierende Managementfehler eine entscheidende Rolle. In einigen Fällen wird Personal abgebaut, obwohl die Ertragslage des Unternehmens sehr gut ist.

Die SPD fordert deshalb gerade die Großunternehmen auf, ihrer Verantwortung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerecht zu werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Oft wird - aus unserer Sicht: zu früh und zu einseitig - vor allem im Personalabbau das Allheilmittel für größere Produktivität gesehen. Stattdessen sollten mehr und rechtzeitig gezielte Innovationen, intelligente Produktentwicklungen, stetige Weiterbildung der Beschäftigten und andere Maßnahmen der Beschäftigungssicherung durchgeführt werden. Insofern brauchen wir einen deutlichen Mentalitätswechsel zumindest in einem Teil der Wirtschaft; denn nicht der Abbau, sondern der Erhalt von Arbeitsplätzen sollte oberste Priorität haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

In der aktuellen Debatte in den letzten Tagen spielt der geplante Personalumbau bei der Deutschen Telekom AG eine besondere Rolle. Deshalb möchte ich hierauf etwas näher eingehen. Erinnern wir uns: Die Privatisierung der Telekom und die Öffnung des Telekommunikationsmarktes haben zu einem scharfen Wettbewerb und zu deutlich günstigeren Preisen für die Verbraucherinnen und Verbraucher geführt. Es geht um Absenkungen von bis zu 96 Prozent. Heute zahlen wir beispielsweise für ein Inlandsgespräch nicht mehr 30 Cent wie 1997, sondern

gerade einmal 1 Cent. Parallel dazu sank die Zahl der Beschäftigten bei der Telekom innerhalb Deutschlands von 255 000 im Jahr 1990 auf 166 000 im Jahr 2006, während bei den Wettbewerbern etwa in gleichem Umfang Beschäftigung aufgebaut wurde. Der Personalabbau bei der Telekom erfolgte stets - das ist ganz besonders wichtig - sozialverträglich, das heißt ohne betriebsbedingte Kündigungen, durch natürliche Fluktuation oder durch freiwillige Instrumente. Ich denke, dies ist ein positives Beispiel dafür, dass man auch einen schwierigen Strukturwandel sozial gestalten kann.



Der Bund ist noch zu knapp 32 Prozent Anteilseigner; das wurde gerade erwähnt. Auch wenn der Bund schon aus aktienrechtlichen Gründen nicht direkt in unternehmerische Entscheidungen eingreifen kann, hat seine Beteiligung doch indirekt dazu beigetragen, dass der Stellenabbau - im Gegensatz zu manch anderen Unternehmen - sozialverträglich erfolgte. Auch unter diesem Gesichtspunkt sollte der Bund - nach Ansicht der SPD-Fraktion - auf absehbare Zeit mindestens 25,1 Prozent der Aktienanteile an der Telekom behalten, um eine Sperrminorität sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Von dem geschilderten Personalabbau zu unterscheiden sind die aktuellen Umbaupläne bei der Telekom. Sie zielen auf eine bessere Servicequalität, Beschäftigungssicherung und Kostensenkungen ab. Ein zentraler Punkt dieses Konzepts ist die Gründung von drei neuen Gesellschaften unter der Bezeichnung T-Service. Geplant ist insbesondere die Überführung von bis zu

50 000 Beschäftigten zu T-Service, die allerdings weiterhin - das ist wichtig - unter dem Dach des Konzerns bleiben sollen. Es geht also nicht um einen weiteren Personalabbau, sondern um einen Umbau innerhalb des Konzerns. Die Unternehmensleitung erhofft sich hierdurch eine bessere Wettbewerbsfähigkeit angesichts von 2 Millionen Kunden, die die Telekom alleine 2006 im Festnetzbereich verloren hat.

Es ist allerdings mehr als verständlich, dass die Beschäftigten die bei T-Service geplanten Einsparungen bei den Personalkosten durch längere Arbeitszeiten und eine Absenkung des Entgeltes kritisch sehen. Es ist nun Sache der Tarifvertragsparteien, die konkreten Arbeitskonditionen bei T-Service zu vereinbaren.

In politischer Hinsicht ist aber zu wünschen, dass bei den anstehenden Tarifverhandlungen gemeinsame Lösungen gefunden werden, die sowohl den Interessen der Beschäftigten als auch der Wettbewerbssituation der Deutschen Telekom gerecht werden müssen. Meiner Ansicht nach darf es aber nicht zu radikalen Einschnitten bei den Beschäftigten kommen. Denn es kann nicht Ziel sein, einen Lohnwettkampf nach unten zu führen. Außerdem braucht die Telekom auch weiterhin motivierte Beschäftigte.

Es ist aber angesichts der schwierigen Marktsituation, in der sich die Telekom befindet, unrealistisch, davon auszugehen, dass keinerlei Veränderungen notwendig sind. Man wird abwarten müssen, was die anstehenden Tarifverhandlungen ergeben. Ich hoffe auf gemeinsam getra-

gene Lösungen.

Immerhin gibt es ein positives Signal bei den Auszubildenden. Die Deutsche Telekom und Verdi haben sich darauf verständigt, dass auch 2007 wieder 4 000 junge Menschen neu eingestellt und mindestens 1 000 Nachwuchskräfte vor allem in den Serviceeinheiten übernommen werden. Damit ist die Telekom nach wie vor das Unternehmen mit den meisten Auszubildenden in Deutschland.



Ich denke, diese Einigung gibt Hoffnung. Sie sollte auch Vorbild für andere sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Bundestagsrede von Martin Dörmann zur Situation bei Airbus

Aktuelle Stunde des Deutschen Bundestages am 8. März 2007 zum Thema: „Airbusrestrukturierung – Kernkompetenzen und Zukunftstechnologien in Deutschland erhalten und ausbauen“

Frau Präsidentin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das Unternehmen Airbus ist in Turbulenzen geraten. Jetzt kommt es darauf an, dass mit klaren, zukunftsorientierten unternehmerischen Entscheidungen ein stabiler Kurs eingeschlagen wird, um die Erfolgsgeschichte, die Airbus ist, fortzuschreiben. Dabei muss ein Weg gefunden werden, der sowohl die Wettbewerbsfähigkeit als auch die Beschäftigung dauerhaft sichert. Nur so kann die Perspektive der wichtigen Zukunftsbranche Luftfahrtindustrie auch in Deutschland langfristig gestärkt werden.

In erster Linie geht es dabei (...) um Entscheidungen, die die Unternehmensleitung von Airbus und EADS zu treffen hat, und zwar im Rahmen eines Gesamtkonzepts, das dann zusammen mit den betroffenen Arbeitnehmervertretern umzusetzen ist. Klar ist aber (...): Airbus ist kein Unternehmen wie jedes andere. Der Einfluss der Politik ist noch immer größer als anderswo. Das hat mit der Geschichte von Airbus und mit den erheblichen staatlichen Hilfen zu tun, die damit verbunden sind, aber auch mit seiner Eigenschaft als ein europäisches Gemeinschaftsprojekt, in dem vor allem Frankreich und Deutschland eine besondere Rolle spielen.

Auf genau diesen Aspekt möchte ich gerne näher eingehen. Es ist wahr: Die deutsch-französische Partnerschaft wird gerade in diesen Tagen auf eine besondere Probe gestellt. Für die Zukunft des Unternehmens wird viel davon abhängen, wie diese Herausforderungen gelöst werden. Ziehen Deutschland und Frankreich an einem Strang, oder lassen sie sich in schwierigen Zeiten auseinanderdividieren?

Immerhin, der gefundene Kompromiss gibt Anlass zur Hoffnung, dass man mit vereinten Kräften nach vorne schreitet. Deshalb will ich der Bundesregierung ausdrücklich dafür danken, dass sie sich erfolgreich für eine faire Verteilung der Lasten unter den beteiligten Nationen eingesetzt hat. Ich will in diesen Dank auch die vielen Kolleginnen und Kollegen aus diesem Haus, insbesondere die aus den Koalitionsfraktionen, einbeziehen; auch wir in Berlin haben in den letzten Wochen nämlich eine ganze Reihe von Gesprächen mit den Verantwortlichen, insbesondere mit denen von EADS, geführt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit ihrer Unterstützung konnte erreicht werden, dass Deutschland weiterhin ein entscheidender Produktionsstandort bleibt, und zwar sowohl im Hinblick auf die Kernkompetenzen und die wichtige CFK-Technologie als

auch bei der Fertigung des Modells A380 und der A320er-Familie.

Einige aktuelle Äußerungen französischer Politiker, die auf eine Ausweitung des französischen Einflusses setzen, machen uns jedoch Sorgen. Ich sage an dieser Stelle sehr deutlich: Das werden wir nicht zulassen. Wer glaubt, er könne einseitig zulasten der deutschen Seite französische Interessen durchsetzen, wird scheitern. Er würde letztendlich nur den Erfolg des Unternehmens aufs Spiel setzen, und er würde eine ernste Belastungsprobe für die deutsch-französische Partnerschaft heraufbeschwören. Das kann niemand wollen. Ich glaube allerdings, dass sich, wenn das Wahlkampfgeklingel abgeklungen ist, auch in Frankreich die vernünftigen Positionen durchsetzen werden, die eine faire Partnerschaft wollen. Das interne Konkurrenzdenken muss jetzt so schnell wie möglich überwunden werden. Es geht in erster Linie darum, in der Konkurrenz mit Boeing vorne zu liegen, nicht untereinander.

Die Zahlen von Airbus sind nach wie vor beeindruckend: Die Auftragsbücher sind mit über 2 500 Bestellungen voll. Mit 434 Auslieferungen - das waren übrigens mehr, als Boeing vorzuweisen hatte - ist im letzten Jahr eine Rekordzahl erreicht worden. Die Produktion ist für fünf Jahre ausgelastet.

Diese Tatsachen machen es den Beschäftigten in den Betrieben natürlich schwer, einzusehen, dass nun seitens der Unternehmensleitung ein Sanierungsprogramm aufgelegt wird, das viele Tausend Beschäftigte belastet. Sie leisten nach wie vor hervorragende Arbeit und sind

hochqualifiziert. Sie sind nicht schuld daran, dass das Unternehmen gegenüber Boeing unter erheblichem Kostendruck steht und ein Sparprogramm vorlegen muss. Nein, neben den besonderen Nachteilen aufgrund der Abhängigkeit vom Dollarkurs waren es vor allem gravierende Fehler des früheren Managements, die das Unternehmen in diese Turbulenzen gebracht haben. Insofern ist die Wut in den Betrieben vor Ort mehr als verständlich.

Es ist jetzt Sache der Unternehmensleitung, das verloren gegangene Vertrauen der Belegschaften zurückzugewinnen, und zwar durch klare und faire Konzepte, durch eine offene Kommunikation und durch das aktive Einbeziehen der Arbeitnehmervertreter in die weiteren Planungen. Je schneller die Beteiligten eine gemeinsam getragene Linie finden, umso besser für die Wettbewerbschancen von Airbus.

Die Politik wird diesen Prozess unterstützen. Sie sollte sich aber nicht in einzelne unternehmerische Entscheidungen einmischen. Airbus wird auf Dauer umso erfolgreicher sein, je mehr sich die Politik aus dem Unternehmen heraushalten kann. Auch unter diesen Gesichtspunkten ist zu wünschen, dass Deutschland und Frankreich an einem Strang ziehen. Uns muss das Ziel einen, die Erfolgsgeschichte Airbus gemeinsam fortzuschreiben, und zwar im Interesse der Beschäftigten und im Interesse der europäischen Luftfahrtindustrie als einer wichtigen Zukunftsbranche.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

SPD-Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie besuchte CeBIT 2007

Am 19. März besuchte **Martin Dörmann** in seiner Eigenschaft als Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für Telekommunikation zusammen mit seinen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie die CeBIT in Hannover, die weltweit größte Messe für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Auf dem Programm standen verabredete Gespräche und Besuche bei der Telekom, Arcor, IBM, Siemens und Microsoft.

Die IKT-Branche zählt mit 800 000 Beschäftigten und einem Gesamtumsatz von fast 74 Milliarden Euro zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen in Deutschland.



An mehreren Ständen ließen sich die SPD-Wirtschaftspolitiker technische Neuerungen erläutern

Bundestag beschließt Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67

Schrittweise Einführung zwischen 2012 und 2029 mit Überprüfungs Klausel

Der Deutsche Bundestag hat am 9. März die Rente mit 67 beschlossen. Zusammen mit dem ebenfalls verabschiedeten Gesetz „Initiative 50plus“ wird das Signal ausgegeben, unsere Haltung zu älteren Menschen und ihre Rolle in Gesellschaft und Wirtschaft grundlegend zu verändern. Die Erfahrungen und Kompetenzen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden gebraucht.

Mit der Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters um zwei Jahre reagieren wir auf die demographische Herausforderung für die Sozialsysteme. Wir stellen das Rentensystem auf eine stabilere Finanzgrundlage. Die schrittweise Anpassung des Rentenalters beginnt im Jahr 2012 und wird erst 2029 abgeschlossen sein. Hervorzuheben ist, für langjährig Versicherte, die wegen gesundheitlicher Einschränkungen eine Erwerbsminderungsrente in Anspruch nehmen müssen, bleibt es bei der alten Regelung. Für sie ändert sich das Rentenalter nicht.

Die gestiegene Lebenserwartung der Menschen und der spätere Berufseinstieg erfordern ein höheres Renteneinstiegsalter. Die Rentenbezugszeit wird sich von 1960 bis zum Jahr 2020 aller Voraussicht nach verdoppelt haben. Das Verhältnis der 65-jährigen und Älteren zu den 20 bis 65-jährigen beträgt zurzeit rund eins zu drei. Auf einen Rentner kommen drei Menschen, die arbeiten und eine Rente bezahlen. Im Jahr 2030 wird sich das Verhältnis auf eins zu zwei verschlechtern – dann sind es nur noch zwei Beitragszahler, die für die Renten eines Älteren aufkommen.

Würden wir dieser Entwicklung nicht entgegenwirken, hätte das veränderte Verhältnis von Rentnern und Beitragszahlern ernste Konsequenzen für die Rentenkasse. Wir wollen ein verlässliches Rentensystem und keine Verunsicherung der Menschen.

Zentrale Voraussetzung für die Wirksamkeit der neuen Regelung ist eine Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer. Deshalb haben wir im Gesetzesentwurf eine Vorbehaltsklausel verankert. Sollte die wirtschaftliche und soziale Situation älterer Arbeitnehmer nicht unseren Erwartungen entsprechen, werden wir die Regelungen anpassen.

Ältere Menschen gehören nicht zum alten Eisen. Deshalb wollen wir mit dem Gesetz zur Verbesse-

rung der Beschäftigungschancen älterer Menschen zugleich die Erwerbsbeteiligung Älterer verbessern. Mit unseren bisherigen Reformen haben wir bereits eine stärkere Teilhabe Älterer gefördert.

Waren Ende der 90er Jahre nur 38 Prozent der über 55-jährigen erwerbstätig, so sind es mittlerweile etwa 48 Prozent. Das ist noch nicht genug. Wir verbessern daher die vorhandenen Arbeitsmarktinstrumente. Neben dem Ausbau einzelner Kombilohnelemente liegt der Schwerpunkt für uns bei einer deutlichen Förderung der betrieblichen Weiterbildung. Künftig können Beschäftigten bereits ab 45 Jahren in Betrieben mit bis zu 250 Arbeitnehmern die Weiterbildungskosten erstattet werden. Das ist präventive Arbeitsmarktpolitik, mit der die Arbeitslosigkeit Älterer an der Wurzel bekämpft wird. Die Unternehmen sind aufgefordert, endlich mehr zur Qualifizierung in den Betrieben zu leisten.

Wir werden unseren Wohlstand in Zukunft nur halten können, wenn wir die Beschäftigung Älterer erhöhen. Zugleich sehen wir, dass in vielen Branchen die Arbeitsverdichtung dazu geführt hat, dass die Menschen eine Vollzeitstelle kaum bis zum 67. Lebensjahr ausüben können. Wir nehmen die Sorgen dieser Menschen sehr ernst. Wir müssen also Möglichkeiten finden, mit denen das große Potenzial Älterer Menschen besser genutzt wird ohne dass die Menschen am Arbeitsplatz krank werden. Wir brauchen eine bessere Qualität der Arbeit.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat hierzu bereits konkrete Vorschläge verabschiedet. Der Schlüssel zu längerer Erwerbstätigkeit liegt in der fortlaufenden Qualifizierung und Weiterbildung der Beschäftigten. Lebenslanges Lernen ist die Voraussetzung dafür, die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer zu verbessern. Außerdem brauchen wir alternsgerechte Arbeitsbedingungen und eine gesundheitsschonende Gestaltung der Arbeitsplätze. Darüber hinaus brauchen wir auch in Zukunft die Möglichkeit gleitender Übergänge in den Ruhestand, die so flexibel wie möglich gestaltet werden können.

Text: Klaus Brandner, Arbeits- und Sozialpolitischer Sprecher, Anton Schaaf, Rentenpolitischer Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Eckpunkte für flexible Altersübergänge

„Die Arbeitsbedingungen verbessern – den Rentenzugang flexibilisieren“

SPD setzt gemeinsame Arbeitsgruppe von Fraktion und Partei ein

Partei und Bundestagsfraktion der SPD haben beschlossen, eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu Fragen der Rente einzusetzen. Auf Grundlage des nachfolgend dokumentierten Eckpunktepapiers soll die Arbeitsgruppe Vorschläge erarbeiten, wie durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und flexible Ausstiege aus dem Erwerbsleben die Rente mit 67 flankiert werden kann.

Beschluss der AG Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion vom 26.2.2007 (Kurzfassung)

Der Schlüssel zu längerer Erwerbstätigkeit liegt in der fortlaufenden Qualifizierung und Weiterbildung der Beschäftigten. Lebenslanges Lernen ist die Voraussetzung dafür, die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer zu verbessern. Außerdem brauchen wir altersgerechte Arbeitsbedingungen und eine gesundheitsschonende Gestaltung der Arbeitsplätze. Darüber hinaus brauchen wir auch in Zukunft die Möglichkeit gleitender Übergänge in den Ruhestand, die so flexibel wie möglich gestaltet werden können.

Klar ist: Steigendes wirtschaftliches Wachstum, höhere Produktivität und eine größere Beschäftigungsquote lassen sich nur durch eine bessere Qualität der Arbeit erreichen.

1. Auch in Zukunft muss ein gleitender Übergang in den Ruhestand ab dem 55. Lebensjahr möglich sein. Dabei sollte festgeschrieben werden, dass die Arbeitszeit über den Gesamtzeitraum im Durchschnitt halbiert wird. An der steuerlichen und sozialversicherungspflichtigen Abgabefreiheit des Aufstockungsbetrags, die das Altersteilzeitgesetz vorsieht, halten wir fest.

Wir wollen, dass die Möglichkeit einer kontinuierlichen Arbeitszeitabsenkung, wie sie das Altersteilzeitgesetz bereits heute bietet, stärker genutzt wird. Daher ist darüber nachzudenken, wie gerade die flexible Altersteilzeit, also der kontinuierliche Übergang öffentlich unterstützt und begleitet werden kann.

Außerdem ist zu überlegen, wie die Möglichkeit des gleitenden Ausstiegs Älterer durch die Möglichkeit des gleitenden Einstiegs Jüngerer – analog zur Beschäftigungsbrücke für Jugendliche – beschäftigungswirksam ergänzt werden kann.

2. Der flexible Übergang aus dem Erwerbsleben mittels Teilrentenbezuges muss erleichtert werden.

Daher müssen

- die Hinzuverdienstgrenzen bei Teilrentenbezug attraktiver gestaltet werden,
- Aufstockungsleistungen des Arbeitgebers zur Rentenversicherung er-

möglicht werden,

- für vom Arbeitgeber gezahlte Aufstockungsleistungen zum Arbeitsentgelt und zur Rentenversicherung Steuerfreiheit und damit Beitragsfreiheit (für den Arbeitnehmer) bestehen und
- ein anteiliger Rentenbezug bereits ab Vollendung des 60. Lebensjahrs möglich sein.

3. Vermeidung von Rentenabschlägen durch freiwillige Aufstockung von Rentenbeiträgen

Um bei vorzeitigem Altersrentebezug Abschläge auszugleichen, muss die Möglichkeit geschaffen werden, dass Arbeitnehmer und/oder Arbeitgeber während der gesamten Dauer des Beschäftigungsverhältnisses zusätzliche Rentenversicherungsbeiträge leisten können.

4. Aufstockung von Rentenbeiträgen bei belastenden Tätigkeiten

Für körperlich oder psychisch besonders belastende Tätigkeiten muss die Möglichkeit geschaffen werden, dass der Arbeitgeber für den Arbeitnehmer zusätzliche Rentenversicherungsbeiträge entrichtet.

5. Verbessertes Berufsschutz für ältere Arbeitnehmer

Zu prüfen ist, ob zumindest als Übergangslösung, bis sich die Beschäftigungssituation Älterer verbessert hat, die Möglichkeit einer modifizierten Berufsunfähigkeitsrente für Beschäftigte ab dem vollendeten 60. Lebensjahr, die nicht mehr in ihrem Beruf tätig sein können, geschaffen werden kann.

6. Wir müssen Wege finden, das Problembewusstsein für die demographische Entwicklung, die damit verbundenen Anforderungen und den qualitativen Anspruch an **humane Arbeitsbedingungen** in Unternehmen und Betrieben auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zu wecken und zu stärken. Das heißt, wir brauchen eine aktive Lernkultur in den Unternehmen, gesundheits- und altersgerechte Arbeitsbedingungen und eine starke Einbindung der betrieblichen Arbeitnehmervertreter.

SPD legt Finanzierungskonzept für Ausbau der Kinderbetreuung vor

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit dem Parteivorstand das Dickicht der Familienförderung durchforstet. Insgesamt 184,5 Milliarden Euro geben Bund, Länder und Gemeinden jährlich für familienbezogene Leistungen aus. Damit steht die finanzielle Förderung von Familien in Deutschland im internationalen Vergleich gut da, die Infrastruktur hinge-

gen muss verbessert werden. Die SPD-Bundestagsfraktion will daher Kinder und Familien gezielter fördern. → Der **Abschlussbericht „Gute Betreuung ab eins!“** ist abzurufen auf der Homepage der SPD-Bundestagsfraktion www.spdfraktion.de unter der Rubrik Themen („Familien, Senioren, Frauen und Jugend“).

Fragen und Antworten zur geplanten Unternehmenssteuerreform

Die Koalitionsfraktionen haben den Gesetzentwurf zur Unternehmenssteuerreform in den Bundestag eingebracht. Das Gesetz soll im Mai verabschiedet werden und zum 1. Januar 2008 in Kraft treten. Mit dieser Reform will die Große Koalition den Stand Deutschland noch attraktiver machen. Außerdem sollen Gewinne, die in Deutschland gemacht werden, künftig stärker auch hierzulande versteuert werden.

Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück**:

„Mit der Reform sind in den ersten Jahren Einnahmeausfälle verbunden. Wir erreichen mit der Unternehmenssteuerreform aber wichtige sozialdemokratische Ziele:

- die Erhaltung der Gewerbesteuer,
- die Verstetigung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer,
- die Unterbrechung von „Verschiebehöfen“, über die Gewinne im Inland oder Verluste im Ausland zu Lasten unserer Steuerbasis hin und her verschoben werden,
- die Einführung von Refinanzierungselementen, die in der Zeit der rot-grünen Bundesregierung nicht durchsetzbar waren.

Mir ist daran gelegen, dass die Reform als das verstanden wird, was sie ist: eine lohnende Investition für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie für stabile Staatseinnahmen zur Finanzierung eines handlungsfähigen Staates. Niemandem wird etwas geschenkt. Vor allem die Kommunen profitieren. Sie müssen sich in der vollen Jahreswirkung nicht an der Finanzierung der Steuerreform beteiligen. Über die Jahre hinweg erhalten sie aus der Reform keinen Euro weniger, aber auch keinen Euro mehr. Dafür wird ihre Einnahmehasis durch die Einführung neuer ertragsunabhängiger Bestandteile in der Gewerbesteuer dauerhaft gestärkt. Das wird noch Wirkung haben, wenn die mit der Unternehmenssteuer anfänglich verbundenen Steuerausfälle überwunden sind.“

Rund um das Thema Unternehmenssteuerreform ist eine Reihe von Fragen entstanden. Nachfolgend dokumentieren wir eine **Übersicht des Bundesfinanzministeriums**, das zu den wichtigsten Punkten Stellung bezogen hat.

These: *Der Bundesregierung geht es im Kern um die Entlastung der Unternehmen*

Antwort: Nein, unser zentrales Ziel ist die langfristige Sicherung der Staatseinnahmen.

Oder anders ausgedrückt: die auch und gerade unter Gerechtigkeitserwägungen notwendige Sicherung eines fairen Anteils der Unternehmensgewinne an der Finanzierung staatlicher Aufgaben wie Forschung, Innovation, Familie und Bildung. Wie bekommt man das hin? Indem Gewinne, die wirtschaftlich in Deutschland erzielt werden, auch wieder stärker als bisher in Deutschland versteuert werden und indem Verluste nicht steuermindernd nach Deutschland geholt werden.

Frage: *Die Gewinne und Steuern sprudeln doch stark. Warum muss man denn überhaupt was tun?*

Antwort: Die derzeitige Unternehmensbesteuerung fördert die Entkoppelung von Gewinnen und Steueraufkommen. Fakt ist: Unser gegenwärtiges Regime der Unternehmensbesteuerung - vergleichsweise hohe nominale Steuersätze bei relativ schmaler Bemessungsgrundlage - verleitet dazu, dass in Deutschland erwirtschaftete Unternehmensgewinne steuerlich häufig ins Ausland verlagert werden. Damit sinkt der Beitrag der Unternehmensgewinne zur Finanzierung des öffentlichen Gemeinwesens in Deutschland. Diese Entwicklung kann nicht als gerecht bezeichnet werden. Die Beibehaltung des Status quo ist weder aus fiskalischen noch aus Gerechtigkeitsüberlegungen eine Alternative. Durch Nichtstun werden wir selbst das heutige Steueraufkommen nicht sichern können.

Frage: *Ist es nicht nur eine typische Unternehmerbeziehung, dass die hohen Steuersätze schädlich seien?*

Antwort: Nein, es gibt unabhängige Studien, die das belegen, wie die Studie des renommierten Berliner Wirtschaftsforschungsinstituts DIW. Fazit: Trotz hoher Unternehmenssteuersätze bestenfalls durchschnittliches Steueraufkommen in Deutschland.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) stellt fest, dass der deutsche Fiskus durch die im internationalen Vergleich schmale Bemessungsgrundlage - trotz hoher Steuersätze - ein bestenfalls durchschnittliches Steueraufkommen erzielt. Das DIW beziffert die Differenz zwischen den in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesenen Gewinnen und den nachgewiesenen Gewinnen der Steuerstatistik auf knapp 100 Mrd. €. Vor diesem Hintergrund spricht sich auch das DIW für eine im Zuge der Unternehmenssteuerreform vorgesehene Stärkung der deutschen Steuerbasis durch Senkung der Steuersätze und Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen aus. Selbst wenn man von den Berechnungen des Bundesfinanzministeriums ausgeht, nach denen Gewinne in Höhe von etwa 65 Mrd. € im Ausland statt in Deutschland versteuert werden, entspricht dies immer noch Steuermindereinnahmen von rund 25 Mrd. €. Vor diesem Hintergrund ist unser Ansatz für die Sicherung von Steuerbasis in Höhe von rund 3,9 Mrd. € sehr konservativ und vorsichtig gewählt. Mit anderen Worten: es ist durchaus denkbar, dass wir noch erfolgreicher sein können.

Frage: *Ist es nicht ein Widerspruch, dass man mit niedrigeren Steuersätzen zu mehr Steuereinnahmen kommen kann?*

Antwort: Nein, das wäre nur ohne eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage richtig. Die langfristige Sicherung

rung der Staatseinnahmen erfordert eine Absenkung des Körperschaftsteuersatzes auf ein international mittleres Niveau. Sonst bricht die Steuerbasis weg. Unbestreitbar stehen die beiden Ziele der Unternehmensteuerreform „Sicherung der Staatseinnahmen“ sowie „Verbesserung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit“ bei kurzfristiger statischer Betrachtung in einem Spannungsverhältnis zueinander. Denn um die Staatseinnahmen langfristig zu erhöhen, müssen wir kurzfristig investieren, indem wir den Körperschaftsteuersatz auf ein international mittleres Niveau senken. Die damit verbundenen Mindereinnahmen sind eine rentable Investition in die Zukunft: heutigen Kosten stehen höhere Erträge in der Zukunft gegenüber.

Frage: *In den ersten Jahren liegen die Steuerausfälle für den Staat bei über 6 Milliarden Euro. Kann sich der Staat dies leisten?*

Antwort: Dies sind die Kosten der Zukunftsinvestition – kein nutzloser Verzicht! Trotz dieser anfänglichen Steuerausfälle erreicht das Unternehmenssteueraufkommen schon bald wieder das Niveau vor der Reform und geht darüber hinaus.

Die heutigen Kosten dieser Zukunftsinvestition entsprechen in der Tat den Steuerausfällen, die sich für den Gesamtstaat im Jahre 2008 auf 6,4 Mrd. €, im Jahre 2009 auf 6,7 Mrd. €, im Jahre 2010 auf 6,8 Mrd. €, im Jahre 2011 auf 5,2 Mrd. € und im Jahre 2012 auf 3,5 Mrd. € belaufen werden. Aber: Unter Berücksichtigung der – unabhängig von der Reform – zu erwartenden Wachstumsraten der Wirtschaft wird das Aufkommen aus den Unternehmenssteuern (Körperschaftsteuer plus Gewerbesteuer) bereits nach zwei bzw. drei Jahren wieder das Niveau vor der Reform erreichen und überschreiten. So wird das Aufkommen aus den beiden Unternehmenssteuern im Jahr 2007 bei etwa 58,3 Mrd. € liegen. Nach einem kurzfristigen (v.a. durch die Senkung des Körperschaftsteuersatzes bedingten) Rückgang des Aufkommens im Jahr 2008 wird es – voraussichtlich mit 58,1 Milliarden Euro bereits 2009 wieder das Niveau des Jahres 2007 erreicht haben. 2010 wird es mit voraussichtlich 64, 8 Mrd. Euro schon deutlich höher sein als 2007 und im Jahre 2012 wird das Aufkommen auf rund 75 Mrd. € geschätzt und damit aus heutiger Sicht um rund 29% höher als das Ausgangsniveau vor der Reform liegen

Frage: *Würde ein Verzicht auf die Reform in den nächsten Jahren nicht zu einem höheren Steueraufkommen führen?*

Antwort: Nein. Bei einem Verzicht auf die Unternehmensteuerreform wäre das Steueraufkommen nur in den ersten Jahren höher. Danach käme es zu einer zunehmenden Erosion der Steuerbasis. Die Steuereinnahmen würden zurückgehen, statt steigen.

Frage: *Ist bei der Berechnung des künftigen Steueraufkommens ein Selbstfinanzierungseffekt eingerechnet?*

Antwort: Nein! Die Entwicklung des Steueraufkommens beruht auf aktuellen Schätzungen zum Wachstum der Wirtschaft, die auch der Finanzplanung des Bundes und damit der Aufstellung des Entwurfes des Bundeshaushalts 2008 und der mittelfristigen Finanzplanung zu Grunde gelegt werden. Selbstfinanzierungseffekte der

Unternehmensteuerreform sind dabei nicht berücksichtigt!

Frage: *Ist wie bei der letzten Senkung der Unternehmenssteuern auch dieses mal wieder mit einem dramatischen Rückgang der Steuereinnahmen zu rechnen?*

Antwort: Mit einer Wiederholung des starken Rückgangs des Körperschaftsteueraufkommens wie 2001 ist nicht zu rechnen.

Befürchtungen, es könne im Zuge der Unternehmensteuerreform zu einem ähnlich starken Rückgang beim Aufkommen der Körperschaftsteuer kommen wie 2001 sind unbegründet, da eine Wiederholung des damals unglücklichen Zusammentreffens von Konjunkturabschwächung, Börsencrash, branchenspezifischen Problemen und steuerlicher Systemänderung nicht eintreten wird. Die seinerzeitige Systemänderung des Jahres 2000 hat im Folgejahr 2001 ein unerwartetes Dividendenausschüttungsverhalten der Unternehmen und in der Folge hohe Anforderungen von Steuerguthaben ausgelöst, die zu den starken Aufkommensverlusten bei der Körperschaftsteuer geführt haben. Eine solche Systemveränderung wird es mit der Unternehmensteuerreform 2008 nicht geben. Außerdem erfolgt die Auszahlung etwaiger Steuerguthaben künftig nicht mehr auf einmal, sondern in festen Jahresraten unabhängig von der Dividendenausschüttung. Aber auch die Ausfälle von 2001/2002 waren 2005 schon fast wieder ausgeglichen und das Niveau heute ist deutlich höher als zu der Zeit höherer Steuersätze!

Frage: *Wie ist sichergestellt, dass die Kommunen nicht unter massiven Einnahmeverlusten leiden werden?*

Antwort: Die Kommunen gehören zu den Gewinnern der Reform. Sie profitieren von der Unternehmensteuerreform.

Die Kommunen profitieren von der Stärkung der deutschen Unternehmen im Zuge der Unternehmensteuerreform. Durch neue ertragsunabhängige Bestandteile im Bereich der Gewerbesteuer wird die Einnahmehasis der Kommunen gesichert, ohne dass sie sich auf Dauer an den Kosten des Gesetzes beteiligen müssen. Nur in den ersten Jahren beteiligen sie sich an den Kosten der Investition. Im fünften Jahr kommt es zum ersten deutlichen Überschuss. Und was noch wichtiger ist: Das Gewerbesteueraufkommen wird in den nächsten Jahren einen großen Sprung nach vorne machen. In 2007 erwarten wir Gewerbesteuereinnahmen von 37,4 Mrd. Euro. In 2009 schon über 40 Mrd. Euro, 2010 44 Mrd. Euro und 2012 fast 50 Mrd. Euro. Bis zum Jahr 2012 steigern sich die verfügbaren Einnahmen für die Kommunen aus heutiger Sicht also um über 33% gegenüber dem Ausgangsniveau. Das stärkt die Handlungsfähigkeit der Kommunen. Und starke Kommunen sind gut für den deutschen Mittelstand. Denn der hat dann volle Auftragsbücher.

Frage: *Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Unternehmensteuerreform und der „Reichensteuer“?*

Antwort: Ja! Erst die mit der Unternehmensteuerreform verfolgte unterschiedliche Besteuerung von Einkünften – je nachdem, ob sie im Unternehmen zur Eigenkapitalstärkung verbleiben oder aus dem Unternehmen entnommen werden – macht die Anwendung der Reichensteuer (Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der

Einkommensteuer für sehr große Einkommen) auf Gewinneinkünfte möglich.

Frage: Werden neben der Unternehmensteuerreform weitere Vorkehrungen getroffen, damit die Wertschöpfung, die in Deutschland entsteht, auch wieder stärker in Deutschland besteuert wird?

Antwort: Ja! Mit dem bereits verabschiedeten SEStEG (Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft).

Mit diesem Gesetz wurden die rechtlichen Voraussetzungen für eine Stärkung der deutschen Steuerbasis wesentlich verbessert sowie Produktionsverlagerungen und damit der Export von Arbeitsplätzen unattraktiver gemacht. Mit dem SEStEG sichern wir unsere deutschen Besteuerungsrechte im Falle von Vermögensverlagerungen ins Ausland und wir schützen den Steuerstandort Deutschland gleichzeitig vor dem Import von Verlusten durch grenzüberschreitende Unternehmensumwandlungen.

Frage: Sind im Zuge der Unternehmensteuerreform Maßnahmen zum Schutz des Mittelstands vorgesehen?

Antwort: Ja! Anknüpfend an die mittelstandsfreundliche Politik der rot-grünen Bundesregierung – alleine durch die Steuerreform 2000 wurde der Mittelstand um rd. 12 Mrd. € entlastet – wird der Mittelstand auch bei der Unternehmensteuerreform 2008 gestärkt: Er erhält eine verbesserte Ansparschreibung und wird durch hohe Freibeträge und Freigrenzen von den notwendigen Gegenfinanzierungsmaßnahmen der Unternehmensteuerreform verschont.

Frage: Werden durch die Einführung der Abgeltungssteuer nicht überwiegend Vermögende entlastet?

Antwort: Nein! Durch die Einführung der Abgeltungssteuer und die Abschaffung des Halbeinkünfteverfahrens wird die Belastung auf der Ebene der Dividendenbezieher sogar erhöht: Dividendenbezieher müssen in Zukunft 100% statt wie bisher nur 50% ihrer Dividendeneinkommen versteuern. Damit steigt ihre steuerliche Belastung von derzeit maximal 22,5% (50% vom maximalen Grenzsteuersatz in Höhe von 45%) auf den dann einheitlichen Satz der Abgeltungssteuer von 25%. Auch Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren

müssen künftig immer besteuert werden. Hingegen werden die Empfänger von Zinseinkünften steuerlich entlastet, wenn ihr Grenzsteuersatz über 25% liegt. Verheiratete Personen profitieren bereits ab einem zu versteuernden Einkommen von 30.000 € von der Abgeltungssteuer, soweit sie über zusätzliche Kapitaleinkünfte verfügen.

Frage: Gibt es konkrete Beispiele dafür, welche Steuer-gestaltungen durch die Unternehmenssteuerreform in Zukunft unattraktiv werden?

Antwort: Ja! Was dank Unternehmensteuerreform zukünftig nicht mehr geht, sind u.a. folgende Konstrukte: Ein bundesweit operierender Kaufhauskonzern organisiert seine Filialen als selbständige Kapitalgesellschaften. Diese zahlen für die Nutzung des eigenen Namens eine Lizenzgebühr an die (im Ausland sitzende) Muttergesellschaft, was wiederum die Gewerbesteuererinnahmen der Stadt mindert, in der die jeweilige Filiale sitzt. Durch die mit der Unternehmensteuerreform vorgesehene Hinzurechnung der Finanzierungsanteile in den Lizenzzahlungen bei der Gewerbesteuer wird das Unternehmen auch nach solchen Operationen Gewerbesteuer in Deutschland zahlen müssen. Die Unternehmensteuerreform macht es darüber hinaus künftig deutlich unattraktiver, Unternehmen nur noch ihrer Verluste wegen zu kaufen. Diesen Missbrauch von so genannten Mantelkäufen wollten wir schon seit langem beseitigen – waren aber immer am Bundesrat gescheitert.

Frage: Kann in drei kurzen Sätzen erklärt werden, warum die Unternehmensteuerreform wichtig ist?

Antwort: Ja, das ist möglich!

1. Die Unternehmensteuerreform ist eine rentable Zukunftsinvestition.
2. Sie sichert und stärkt die Besteuerungsbasis in Deutschland und sorgt dafür, dass Unternehmen in Deutschland wieder mehr Steuern zahlen.
3. Sie trägt zu einem fairen und sozial gerechten Beitrag der Unternehmensgewinne an der Finanzierung des öffentlichen Gemeinwesens bei.

Text: Bundesministerium der Finanzen

Unterschriftenaktion der SPD für Mindestlöhne

Gerechter Lohn für gute Arbeit sollte eigentlich selbstverständlich sein. Trotzdem arbeiten in Deutschland immer mehr Menschen Vollzeit, ohne von ihrem Lohn die Familie ernähren zu können. Armutslöhne verletzen die Würde des Menschen. Lohndumping schadet unserer Wirtschaft. Die SPD hat deshalb mit Unterstützung der Gewerkschaften eine Unterschriftenaktion gestartet.

Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs „Politik für gute Arbeit - Deutschland braucht Mindestlöhne“ gehören der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften, der SPD-Vorsitzende Kurt Beck, Bundesarbeitsminister Franz Müntefering sowie die Vorsitzenden der SPD-Landesverbände und -Fraktionen, Vertreter von Sozialverbänden und Arbeitgeber. Wer den **Aufruf „Deutschland braucht Mindestlöhne“** unterstützen will, kann unter **www.spd.de** online unterzeichnen.

Die Forderungen im Überblick:

- Wir wollen gerechte Löhne für gute Arbeit. Menschen, die einer Vollzeitberufstätigkeit nachgehen, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können.
- Wir wollen in erster Linie tarifvertragliche Lösungen. Deswegen fordern wir die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsende-

gesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche. Damit ermöglichen wir branchenbezogene Mindestlöhne, etwa im Bewachungsgewerbe, im Hotel- und Gaststättengewerbe oder bei der Leiharbeit.

- Für Branchen, in denen tarifliche Lösungen nicht greifen, brauchen wir eine untere Haltegrenze der Entlohnung. Deshalb befürworten wir darüber hinaus einen gesetzlichen Mindestlohn.

10 gute Gründe für Mindestlöhne:

1. Die Wirtschaft ist für den Menschen da, nicht umgekehrt. Deshalb muss die Politik steuernd eingreifen, wo dieses Prinzip mutwillig verletzt wird. Mehr als 2,5 Millionen Menschen arbeiten für Armutslöhne. Diese Menschen arbeiten den ganzen Tag und können von ihrem Lohn noch nicht einmal sich und ihre Familien ernähren.
2. Gerechte Löhne sind ein Ausdruck der Anerkennung guter Leistungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Lohndrückerei dagegen verletzt einen wichtigen Grundwert unserer sozialen und demokratischen Ordnung: die Würde des Menschen und seiner Arbeit.
3. Für den Aufbau von Beschäftigung und den Abbau der Arbeitslosigkeit brauchen wir dauerhaftes Wirtschaftswachstum. Die Stärkung der Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine steigende Binnennachfrage sind wichtige Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung.
4. Wir wollen gleiche Bildungschancen für unsere Kinder. Armut ist dagegen ursächlich für schlechtere Bildungschancen. Jedes zweite arme Kind kommt aus einer "working-poor-Familie".
5. Unsere europäischen Nachbarn haben gute Erfahrungen gemacht. 20 von 27 Mitglied-

staaten der Europäischen Union haben einen gesetzlichen Mindestlohn.

6. Wir wollen die Einigung Europas vorantreiben. Wesentliche Voraussetzung ist die Akzeptanz Europas bei den Menschen. Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit erfordern fairen Wettbewerb, nicht den Wettlauf um die niedrigsten Löhne und die schlechtesten Arbeitsbedingungen.
7. Wir wollen die knappen finanziellen Mittel der öffentlichen Haushalte in Arbeit, Bildung und Infrastruktur investieren. Rund 500.000 vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich sind auf ergänzende Grundsicherungsleistungen aus Steuermitteln angewiesen. Dieses Geld fehlt für Zukunftsinvestitionen.
8. Die Unternehmen profitieren von Mindestlöhnen. Produktivität und Qualität der Leistung sollen im Wettbewerb entscheiden, nicht Lohndumping und Schmutzkonkurrenz.
9. Wir stärken die Tarifautonomie. Mit der Ausdehnung des Geltungsbereiches des Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche geben wir den Tarifparteien die Möglichkeit, branchenspezifische Mindestlöhne festzulegen. Für die Bereiche, in denen tarifliche Lösungen nicht greifen, brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn.
10. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leisten gute Arbeit und sind gut ausgebildet. Weit über 60 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnbereich haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. Sie haben gerechte Löhne verdient.

Text: SPD-Parteivorstand

SPD-PROGRAMMDEBATTE

Lesebuch „Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert“

Auf dem Hamburger Parteitag im Oktober 2007 will die SPD ein neues Grundsatzprogramm beschließen. Es soll der Kompass für Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert sein. Bis dahin muss noch diskutiert und, wo nötig, auch kontrovers gestritten werden. Parallel zum „Bremer Entwurf“ ist deshalb das Lesebuch zur Programmdebatte erschienen. Hier kommen unterschiedliche Stimmen und Generationen der SPD ebenso zu Wort wie aus-

gewiesene Expertinnen und Experten für Wirtschaft, Arbeit, Ökologie oder internationale Politik. Hubertus Schmoltdt, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, schreibt in seinem Beitrag zu dem Buch: „Solidarität im 21. Jahrhundert muss die drohende Spaltung der Gesellschaft abwenden. Das ist die große Herausforderung der Gegenwart.“

Kurt Beck, Hubertus Heil (Hg.): Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert. Lesebuch zur Programmdebatte der SPD, Berlin 2007, 362 Seiten, Verlag Vorwärtsbuch, ISBN 978-3-86602-525-7, 14,80 Euro.

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



In der „Berlin Depesche“ erscheint seit 2003 unter dem Titel „Sozialdemokratische Köpfe“ eine eigene Reihe, in der wir anhand einer Kurzbiografie und eines selbst entwickelten Fragebogens bekannte Politikerinnen und Politiker der SPD vorstellen.

Für alle, die früher erschienene Portraits nachlesen wollen: In der **Sonderausgabe 8 der Berlin-Depesche** sind aus den Jahren 2003 bis 2005 die Portraits folgender Personen abgedruckt:

Franz Müntefering, Wolfgang Thierse, Wolf-

gang Clement, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Renate Schmidt, Ulla Schmidt, Edelgard Bulmahn, Manfred Stolpe, Angelica Schwall-Düren, Nicolette Kressl, Michael Müller, Klaus Uwe Benneter, Sigmar Gabriel, Martin Schulz, Peer Steinbrück, Hannelore Kraft, Gesine Schwan, Hans-Jürgen Wischnewski und Hans-Jochen Vogel.

Zuletzt sind erschienen: **Uli Kelber, Elke Ferner, Kurt Beck, Frank-Walter Steinmeier, Günter Verheugen, Joachim Poß und Hannelore Kraft.**

→ Die Sonderausgabe mit Portraits aus den Jahren 2003 bis 2005 kann auf unserer Homepage abgerufen werden: www.martin-doermann.de (unter „Texte“)

**Vorgestellt: Dr. Peter Struck
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion**

Biografie

Geboren am 24. Januar 1943 in Göttingen; verheiratet, drei Kinder.

Beruflicher Werdegang

1962 Abitur, anschließend Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen und Hamburg
1967 erste,
1971 zweite juristische Staatsprüfung
1971 Promotion zum Dr. jur.
1971 Eintritt in die Hamburgische Verwaltung als Regierungsrat
1971 bis 1972 Persönlicher Referent des Präsidenten der Universität Hamburg. Anschließend in der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg
1973 Wahl zum Stadtrat und stellvertretenden Stadtdirektor der Stadt Uelzen.
1983 Zulassung als Rechtsanwalt beim Amtsgericht Uelzen und Landgericht Lüneburg.

Politischer Werdegang

Mitglied der SPD seit 1964
Mitglied des Bundestages seit 1980
Oktober 1998 bis Juli 2002 und seit 21. November 2005 Vorsitzender der SPD-Fraktion
Juli 2002 bis November 2005 Bundesminister der Verteidigung



10 persönliche Fragen an Peter Struck

1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?

Hans-Jochen Vogel



7. Ihre Lieblingsmusik bzw. Lieblingslieder?

Opernchöre, Blues Brothers, Harry Belafonte



2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?

Catherine Deneuve



8. Wen oder was nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

Feuer, Pfeife, Rum and Maple

9. Ihre Lieblingsbücher?

Stefan Zweig: die Schachnovelle

Thomas Mann: der Zauberberg

Fontanes Berliner Romane

Krimis aller Art

3. Ihre liebsten Urlaubsziele?

Skandinavien



4. Ihre Leidenschaften?

Motorrad fahren, lesen, Opernchöre

10. Über wen lachen Sie am liebsten?

Jürgen Becker in den Mitternachtsspitzen

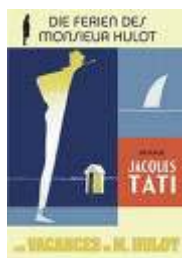
5. Ihr politisches Leitmotiv?

In der Ruhe liegt die Kraft



6. Ihr Lieblingsfilm?

Die Ferien des Monsieur Hulot



Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2007

Sitzungswochen sind die: 3., 5., 9., 10., 12., 13., 17., 19., 21., 24., 25., 27., 37., 38., 41., 43., 45., 46., 48. und 50. Woche.

In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

Infos zu Martin Dörmann, MdB

Wahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Colonus“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

Ausschussmitgliedschaften im Deutschen Bundestag

Martin Dörmann ist ordentliches Mitglied im **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**. Zugleich ist er stellvertretendes Mitglied im **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und Mitglied im **Unterausschuss „Neue Medien“**.

SPD-Bundestagsfraktion

Martin Dörmann ist Mitglied im **Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion** und im **Vorstand der NRW-Landesgruppe**. Er ist Mitglied der **Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie**, dort u.a. Berichterstatter der SPD für Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt sowie Freie Berufe. Zudem ist er Mitglied der **Arbeitsgruppe „Energie“** und der **Arbeitsgruppe „Neue Medien“**.

Homepage www.martin-doermann.de

Nähere Informationen zu Martin Dörmann enthält seine Homepage.

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Unter den Linden 50, Raum 5003

Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam:

Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller, Sabine Schmidt

Internet-Homepage:

www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Telefon: 02203 / 52144
Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiterteam:

Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer

eMail:

martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Telefon: 0221 / 8704302
Mitarbeiter: Ralf Steinmeier
(Webmaster Homepage)

eMail:

newsmail@netcologne.de

Büro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Albertusstraße 40-46
50667 Köln (Innenstadt)
Tel. 0221 / 925981-17

Fax 0221 / 925981-50

Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach

eMail:

renate.dinkelbach.nrw@spd.de



IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

Herausgeber:

Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion dieser Ausgabe: Martin Dörmann (verantwortlich), Dr. Marc Drögemöller

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage: www.martin-doermann.de.

